

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Westafrika - 1997

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (1998) : Westafrika - 1997, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1997: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 83-90

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301830>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Westafrika - 1997

Politische Entwicklung

Während im Vorjahr „Modellwahlen“ in Ghana und Benin als Zeichen signifikanter Fortschritte bei der Konsolidierung pluralistischer demokratischer Systeme in Westafrika gewertet werden konnten, **stagnierte der Demokratisierungsprozeß** 1997, und es traten wieder Konflikte sowie internationale Versuche der Konfliktschlichtung in den Vordergrund politischer Aktivitäten. Bei den Präsidentschaftswahlen in Mali (Juli) und Mauretanien (Dezember) führten Amtsbonus und eine zerstrittene Opposition zur Wiederwahl der alten Amtsinhaber; auch die Parlamentswahlen in Burkina Faso (Mai) ergaben einen überwältigenden Sieg der Regierungspartei; die niedrige Wahlbeteiligung (44%) zeigte, daß die Opposition in den Augen der Bevölkerung keine überzeugenden Alternativen anzubieten hatte. In Gambia besiegelten Parlamentswahlen zu Beginn des Jahres (3.1.) die Rückkehr zu einem Zivilregime, das westlichen Vorstellungen von Demokratie kaum entsprach, da es von einem durch einen Militärputsch an die Macht gelangten Präsidenten angeführt wurde, der drei der wichtigsten früheren Parteien von der Wahl ausgeschlossen hatte.

Liberia kehrte nach Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 19.7. ebenfalls zu einer Zivilregierung zurück; der ehemalige Rebellenchef Charles Taylor und seine Partei (NPP), die aus einer von ihm 1989 gegründeten Befreiungsbewegung, *National Patriotic Front of Liberia* (NPFL), hervorgegangen war, konnten einen überwältigenden Sieg über die Opposition verbuchen (s. Länderartikel). Damit nahm ein achtjähriger Bürgerkrieg ein Ende, dessen Auswirkungen weit über Liberia hinausreichten und der zeitweise nicht nur die Nachbarstaaten, sondern die ganze Subregion in Anarchie zu stürzen drohte.

Sowohl der Kriegsverlauf als auch die **Konfliktschlichtung** beruhten wesentlich auf externer Einmischung, insbesondere der ECOMOG unter der Führung der Militärdiktatur Nigerias, das in dieser Auseinandersetzung keineswegs nur solidarisch das ihr übertragene Mandat der ECOWAS zur Friedensstiftung, sondern auch massive Eigeninteressen vertrat („*Pax Nigeriana*“). Eine analoge Entwicklung zeichnete sich im benachbarten Sierra Leone ab. Der Militärputsch gegen die gewählte Regierung Ammed Tejan Kabbahs am 25.5. durch Major Koroma, unter Einschluß der militanten Rebellenorganisation *Revolutionary United Front* (RUF), veranlaßte Nigeria zum Einsatz der ECOMOG-Truppen von ihren Stützpunkten im benachbarten Liberia aus; diese, ohne Absprache mit den übrigen ECOWAS-Staaten durchgeführte Intervention, wurde

unterstützt durch eine Wirtschaftsblockade gegen die Junta (beschlossen auf OAU- (3.6). und ECOWAS-Gipfel, 27.8.) sowie durch ein Waffen- und Erdölembargo (gemäß VN-Resolution vom 8.10.). Das mit den Rebellen geschlossene Friedensabkommen von Conakry (23.10.) entsprach jedoch offensichtlich nicht den Interessen aller Beteiligten und blieb nicht von langer Dauer (s. Länderartikel).

Das einseitige, mit den übrigen ECOWAS-Mitgliedern nicht abgesprochene militärische Eingreifen Nigerias in Sierra Leone zur Wiedereinsetzung des am 25.5. durch einen Militärputsch gestürzten zivilen Staatspräsidenten Ahmad Tejan Kabbah führte dazu, daß sich auf einem außerordentlichen Gipfeltreffen der ECOWAS in Lomé (17.12.) die Befürchtungen hinsichtlich einer selbstangemaßten regionalen Vormachtstellung Nigerias deutlich artikulierten und die alten Konfliktlinien zwischen anglophonen und frankophonen Mitgliedstaaten erneut aufbrachen. Der ghanaische Staatspräsident Rawlings bezeichnete das regelwidrig, drei Monate nach dem letzten Gipfeltreffen in Abuja (29./30.8.) einberufene Treffen erbost als „illegalen“ Gipfel und blieb den Sitzungen in Lomé fern, ebenso wie der ECOWAS-Vorsitzende Abacha, der beleidigt über die Einladung französischer und US-amerikanischer Beobachter sowie über die zu erwartende Kritik seines ECOMOG-Einsatzes in Sierra-Leone „diplomatisch“ erkrankte. Während der einladende togoische Außenminister Koffi Panou als Ziel des Treffens Absprachen über das weitere Vorgehen der ECOMOG in Sierra Leone und Liberia angab, wollte Nigerias Außenminister Ikimi vorrangig eine einheitliche afrikanische Front gegenüber westlichen Plänen für eine panafrikanische Friedensstreitmacht zusammenschmieden. Da viele der frankophonen Länder aber bereits in panafrikanischen Konfliktschlichtungsinitiativen unter Leitung Frankreichs oder der USA mitarbeiteten, lehnten sie das nigerianische Ansinnen ab. Die Mehrheit der ECOWAS-Mitglieder beschloß schließlich auf dem Treffen von Yamoussoukro (13.3.98), der ECOMOG unter Führung Nigerias keinen Blankoscheck mehr zu geben, militärische Alleingänge, wie den Nigerias in Sierra Leone, zu beenden, und die ECOMOG unter effektive Kontrolle und gemeinsame Leitung aller ECOWAS-Staaten (und nicht nur - wie bislang - des jeweiligen ECOWAS-Vorsitzenden) zu stellen. Da bisher Nigeria aber den Löwenanteil des Aufwands der ECOMOG-Einsätze trug, war fraglich, wie dieser Beschluß umgesetzt werden sollte.

Gemäß offiziellen Verlautbarungen wollten die westlichen Großmächte, Frankreich, USA und Großbritannien, ihre Politik der Friedenssicherung in Afrika koordinieren und noch bestehende Differenzen ausräumen, um so zukünftig auf **Alleingänge** zu verzichten, und der afrikanischen Seite die Gelegenheit zu geben, sich mit einheitlichen Konzepten auseinanderzusetzen. Faktisch widersprachen diese Verlautbarungen aber den verdeckten Interessen auf allen Seiten: Der französische Staatspräsident Chirac beschwerte sich im August auf einer Konferenz französischer Botschafter angesichts zunehmender Übergriffe der USA in die französische *chasse gardée* in Afrika, daß die äußere „Einmischung“ in Frankreichs Afrikapolitik aufhören müsse; nur dann sei es Frankreich

möglich, angesichts des Zwangs zur politischen und wirtschaftlichen Öffnung im Rahmen der Globalisierung, ein neues partnerschaftlicheres Verhältnis zu seinen früheren Kolonien zu entwickeln. In einem Zeitungsinterview sagte der französische Außenminister Hubert Védrine am 16.10., er sähe keinen Grund, der US-amerikanischen Friedenssicherungspolitik in Afrika automatisch zu entsprechen, vielmehr würde Frankreich diesbezüglich seine eigene Politik verfolgen.

Frankreich tat sich im Berichtsjahr mit eigenen **regionalen Konfliktpräventions-Initiativen** unter Beteiligung westafrikanischer Staaten hervor. Die sieben frankophonen westafrikanischen Staaten des ANAD (*Accord de Non-Agression et d'Assistance en Matière de Defense*) beschlossen am 26.4., schnellstmöglich (parallel zur ECOMOG) eine Friedensstreitmacht (*Force de paix de l'ANAD; FPA*) aufzubauen; ihr Ziel war die Ausbildung der Truppenteile der Mitgliedstaaten zu friedenserhaltenen Missionen, Demobilisierung von Milizen, Unterstützung des Aufbaus legitimer regulärer nationaler Truppen und humanitären Interventionen. Im Oktober wurde eine franko-afrikanische Friedensstreitmacht unter dem Namen **RECAMP** (*Renforcement des capacités africaines de maintien de la paix*) in Westafrika ins Leben gerufen; sie war analog zur relativ erfolgreichen Mission der „MISAB“ zur Überwachung der Verträge von Bangui (Zentralafrika) konzipiert, zu deren Unterstützung auch Togo am 7.2. 75 Soldaten entsandte. Mitgliedstaaten der RECAMP waren Mauretanien, Mali und Senegal; kleinere Kontingente stellten Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Gambia und Ghana. Ziel dieser Initiative war die Entwicklung eines neuen Konzeptes der Friedenserhaltung in (West-) Afrika unter Betonung der humanitären Hilfe, getragen von den betroffenen afrikanischen Staaten. Anfang März (6.-13.3.) fanden in der Côte d'Ivoire franko-ivorische Manöver der Armee und Gendarmerie unter dem Namen „*Elephant 97*“ statt. Im gleichen Monat übten Truppen Frankreichs, Togos, Burkina Faso und Benins nahe der togoischen Grenze bei Nangbéto in gemeinsamen Manövern Konfliktprävention und humanitäre Einsätze. Im Mai beteiligte sich Benin zum ersten Mal mit einem Kontingent von 250 Soldaten an einem ECOMOG-Einsatz in Liberia; die Kosten des Einsatzes (\$ 1,6) hatte Dänemark übernommen. Eine von Senegal und Frankreich organisierte RECAMP-Konferenz in Dakar unterstrich, daß der Aufbau afrikanischer Friedenssicherungstruppen (mit französischer Unterstützung) vorrangig sei. Angestrebt wurden keine ständigen multinationalen *Peacekeeping*-Einheiten, sondern die Ausbildung und Ausrüstung schnell abrufbarer Elite-Einheiten aus verschiedenen Mitgliedstaaten mit einer Gesamtstärke von 1 000 bis 2 000 Mann. Für die Umsetzung dieser Pläne stellte Paris eine Finanzierung in Höhe von FF 180 Mio. für 1998 in Aussicht. Die französische *Mission militaire de coopération* (MMC) vereinbarte im Herbst den Aufbau von vier nationalen Militärschulen mit regionalen Schwerpunkten in Westafrika nach dem Vorbild einer Modellschule in Koulikouro (Mali), die für 1998 plante, 110 militärische Führungskader aus neun Ländern für Konfliktpräventionskräfte in Westafrika auszubilden. Die vier neuen Schulen sollten 1998 in Abidjan (Côte d'Ivoire, Ausbildung von Offizieren der Gendarmerie), Lomé (Ausbildung von Sanitätsoffizieren), Thiès (Senegal, Ausbildung

junger Nachwuchskräfte in der Armee) und in Rosso (Mauretanien, Ausbildung von KfZ-Spezialisten) ihre Pforten öffnen, und die schon vorhandenen französischen Militärschulen in Bouaké (Côte d'Ivoire, für Kommunikation) und Thiès (Infanterie) ergänzen. Ziel des MMC war es, bis zum Jahre 2002 die Hälfte der derzeit noch in Frankreich stattfindenden Ausbildung afrikanischer Militärkader in afrikanische Staaten unter deren autonome Führung zu verlagern und an die afrikanischen Verhältnisse anzupassen. Parallel dazu plante die MMC sowohl die Kosten (FF 3 Mrd., 1997) als auch die Stärke ihrer Truppen in Afrika von 8 000 Mann (1997) in den Folgejahren auf 5 600 zu reduzieren. Im Oktober besuchte der französische Verteidigungsminister Alain Richard Abidjan und Dakar und versprach, neben französischer Unterstützung bei der Reform der nationalen Armeen der besuchten Staaten, eine Überprüfung bestehender Verteidigungsabkommen mit acht afrikanischen Ländern, inklusive Senegals, um eine ausgewogenere politisch-militärische Partnerschaft zu erreichen.

Die **USA** verkündeten Anfang Juli, Sondereinheiten und Militärausbilder in verschiedene afrikanische Staaten entsenden zu wollen; ab August nahmen die US-Ausbilder ihr Training von Eliteeinheiten zur Konfliktprävention in verschiedenen westafrikanischen Staaten auf (Ghana, Mali, Senegal, Togo). Gemeinsame Manöver der USA, Malis und Senegals („*Flintlock 97*“), die nach zwei Monaten Anfang Juli in Bamako endeten, dienten ebenfalls dem Ziel, Interventionsmethoden (Geiselnbefreiung, Evakuierung etc.) zu trainieren; Militärs aus Ghana, Côte d'Ivoire und Guinea-Bissau beobachteten interessiert die Übungen. Mittelfristig verfolgte das Pentagon das Ziel, in verschiedenen afrikanischen Regionen Bataillone von jeweils 500-800 Soldaten aus den beteiligten afrikanischen Staaten für den schnellen Einsatz in Krisengebieten durch Anleitung, Ausbildung und Materiallieferung vorzubereiten. Allerdings ging es den USA nicht zuletzt um Sicherung eigener geopolitischer Interessen bzw. um Sicherung amerikanischer Unternehmensinteressen im Bereich der Rohstoffförderung; als Ausbilder kamen keine in *peacekeeping* erfahrene Truppen, sondern vor allem *Green Berets* zum Einsatz, die sich bisher eher bei *counter insurgency* und *low level warfare* profilierten, was vermuten ließ, daß ihr Training eher auf Unterdrückung von Sezessions- oder Rebellenbewegungen in Afrika abzielte.

Afrikanische Staatschefs sahen - abgesehen vom Ausbau der Rolle der ECOMOG (s. o.) - ihre Vorteile in der Ausnutzung bestehender Widersprüche zwischen den Großmächten, um den Zufluß an militärischen Ressourcen auch nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes zu sichern bzw. zu optimieren. Togo stellte im Mai einen ambitionierten Entwurf einer umfassenden panafrikanischen Friedensstreitmacht von ca. 3 000 Mann mit permanentem Hauptquartier in einem der Mitgliedstaaten vor; die Truppe sollte unter Leitung der OAU, beauftragt von den VN, den Frieden im subsaharischen Afrika sichern; der Entwurf kam den französischen Vorstellungen entgegen, war allerdings in der entscheidenden Finanzierungsfrage unrealistisch. Die acht Mitgliedstaaten der frankophonen westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion

UEMOA erklärten sich im Mai bereit, an einer Konfliktschlichtungsgruppe in Kongo-Brazzaville unter Leitung der UN und der OAU teilzunehmen; die aktuelle Entwicklung des Konflikts erübrigte indes diese Intervention (s. Länderartikel).

Westafrika war nicht nur durch die Kriege selbst, sondern auch von deren unmittelbaren und mittelbaren **Kriegsfolgen** schwer getroffen. So rief die NRO *Human Rights Watch* (Washington) die ECOWAS-Staaten anlässlich einer Konferenz über Anti-Personen-Minen und Medien in Dakar am 4.11. dazu auf, den Vertrag von Ottawa zur Ächtung der Anti-Personen-Minen baldigst zu unterzeichnen; diese Minen stellten in vielen westafrikanischen Ländern wie Liberia, Mauretanien und Guinea-Bissau eine erhebliche aus vergangenen Kriegen ererbte Altlast dar; sie wurden aber auch in den andauernden Konflikten in Sierra Leone und der Casamance (Senegal, s. Länderartikel) zunehmend eingesetzt.

Ein weiteres beträchtliches Problem stellte für westafrikanische Staaten wie Guinea, Mali und die Côte d'Ivoire die Versorgung und Reintegration der **Flüchtlinge** aus benachbarten Ländern dar. Nach Statistiken des Flüchtlingshilfswerks der UN (UNHCR) befanden sich im November noch über 400 000 Flüchtlinge aus Liberia und Sierra Leone in Guinea und 210 000 liberianische Flüchtlinge in der Côte d'Ivoire. Das Reintegrationsprogramm des UNHCR für mauretanische Flüchtlinge in Mali (ca. 65 000) und togoische Flüchtlinge (ca. 7 000) in Ghana und Benin stand kurz vor dem Abschluß.

Schwerpunktthema bei der Diskussion von Menschenrechtsverletzungen war im Berichtsjahr in vielen westafrikanischen Staaten die **mangelnde Pressefreiheit**; herausragende Beispiele für Staaten mit einer repressiven Pressepolitik waren Nigeria, Togo, Guinea und Liberia (s. Länderartikel).

Sozio-ökonomische Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief in den Ländern der frankophonen westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (UEMOA) insgesamt positiver als in den übrigen Mitgliedstaaten der CFA-Zone und der ECOWAS (s. Kapitel Regionalorganisationen). Dies ergab eine Bestandsaufnahme während des 4. Halbjahrestreffens der Minister der Franc-Zone am 17.4. in Cotonou sowie während des 2. UEMOA-Gipfeltreffens in Lomé (23.6.). Mit der Aufnahme Guinea-Bissaus in die UEMOA (5..3.) und in die CFA-Zone (17.4; s. Länderartikel und *feature*-Artikel zur CFA-Anbindung an den Euro) fand zum ersten Mal ein lusophones Land in diese Währungsunion Eingang; als weitere, möglicherweise an einer Aufnahme interessierte Kandidaten galten Ghana, Gambia und Guinea. Anlässlich des Beitritts Guinea-Bissaus betonten sowohl der französische Botschafter wie Charles Konan Banny, der Gouverneur der Zentralbank der UEMOA (BCEAO), anlässlich eines Besuchs in Bissau (7.-9.7.), daß

die UEMOA auch für alle nicht-frankophonen Länder offen sei, die sich den Regeln der CFA-Zone unterwerfen wollten; es galt als offenes Geheimnis, das Banny insbesondere leistungskräftige anglophone Länder wie Ghana zum Beitritt motivieren wollte, um so die Vormachtstellung der UEMOA, und damit der Frankophonie, gegenüber der ECOWAS auszubauen.

Gemäß einer im Frühjahr vorgestellten Studie des Entwicklungsprogramms der UN(UNDP) nimmt der **informelle Sektor** in Westafrika eine besonders große Bedeutung ein: in den 1990er Jahren hatte dieser Sektor die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen; in Bezug auf die sektorale Verteilung der arbeitsfähigen Bevölkerung rangierte er mit 20 bis 25% direkt hinter der Landwirtschaft auf dem zweiten Platz. Den Beitrag des informellen Sektors zum BIP schätzte die UNDP-Studie auf durchschnittlich 34% (außerhalb der Landwirtschaft); z. B. 38% in Guinea, 30% in Burkina Faso, 24,5% in Nigeria und 20% im Niger. 50% der Wertschöpfung des Sektors entfielen auf den Handel, 32% auf Handwerk und Kleinindustrie, 14% auf Dienstleistungen und 5% auf den Transport. Besonders in den Städten erzielte die Bevölkerung einen erheblichen Teil ihres Einkommens in diesem Sektor (z. B. 58% in den urbanen Zentren des Senegal und 68% in Mali).

Nach einer ebenfalls im Frühjahr veröffentlichten **Migrationsstudie** des *Institut national de la statistique et des études économiques* (INSEE) war Westafrika die afrikanische Subregion mit der größten Konzentration intra-regionaler Migranten und die größte „Entsenderegion“ von Migranten nach Europa (3 Mio. Afrikaner von insgesamt 11 Mio. Ausländern in der EU); Westafrikaner stellten 14% aller afrikanischen Migranten, von denen ein Drittel in Frankreich wohnte.

Die oben angesprochenen kriegesischen Konflikte machten nicht zuletzt das Ausmaß der Privatisierung von Gewalt (*warlordism*) und der Entwicklung von Gewaltmärkten in Westafrika im Rahmen der Globalisierung deutlich; sie war mitverantwortlich für eine signifikante **Zunahme der Kriminalität**. Nach Einschätzung westlicher Polizei- und Geheimdienste nahm die organisierte Kriminalität in Westafrika mittlerweile solche Ausmaße an, daß diese Region zum Beispiel für den britischen *National Criminal Intelligence Service*, der im Februar 1998 eine Spezialeinheit mit Schwerpunkt Westafrika gründete, zur „ersten Liga“ organisierter Kriminalität zählte. Nach seinen Schätzungen begingen Kriminelle insbesondere aus Nigeria 1997 allein in Großbritannien Betrügereien bei der Sozialhilfe im Wert von \$ 5,8 Mrd., weitere weltweite Betrügereien von Nigerianern im Rahmen des seit Jahren andauernden „**§ 419 - advance fee fraud**“ führten zu erheblichen Verlusten leichtgläubiger Unternehmer, die sich auf scheinbar attraktive, aber offensichtlich illegale Transaktionen mit nigerianischen Unternehmern bzw. Bankbeamten einließen. Allein in England stieg die Zahl der angezeigten Betrugsfälle dieser Art von 28 000 (1995) auf 68 000 (1997); in der Statistik von *Transparency International* stand Nigeria weiterhin an erster Stelle der korruptesten

Länder der Welt. Westafrika gehörte außerdem zu den wichtigen Drehscheiben des **Drogen- und illegalen Diamantenhandels**, den zum Beispiel *warlords* in Liberia und Sierra Leone systematisch zur Finanzierung ihrer Waffeneinkäufe nutzten. Gemäß Angaben von Interpol Anfang 1997 brachen nigerianische Drogenhändler alle Rekorde, indem sie zu den „bedeutendsten internationalen Händlern in harten Drogen“ aufstiegen. Neben Nigeria gehörten Togo, Gambia und die Kap Verde zu den wichtigsten Drehscheiben in Westafrika, aber auch Abidjan, Bamako, Dakar und Niamey gewannen an Bedeutung. Der Kokainhandel breitete sich parallel zum Waffenhandel aus. Nach Einschätzung einer im März 1997 veröffentlichten Studie des *Observatoire Géopolitique des Drogues* (OGD), Paris, zählten in Westafrika Nigeria und Ghana, gefolgt von der Côte d’Ivoire und Senegal zu den Hauptproduzenten von Cannabis, das zwar noch überwiegend lokal konsumiert, aber zunehmend exportiert und zur Finanzierung von Waffengeschäften benutzt wurde. Cannabis begann andere, weniger profitable Exportfrüchte wie Kakao oder Kaffee zu verdrängen. 92% der vom OGD befragten ivoirischen Bauern gaben an, nach dem Sinken der garantierten Ankaufpreise für die o. g. Exportprodukte zum ergänzenden Anbau von Marijuana („Tabak des Teufels“ in der Twi-Sprache) übergegangen zu sein, der den monetären Hektarertrag gegenüber Kaffee um das 100fache und gegenüber Kakao um das 60fache überstieg und außerdem den klimatischen Anbauverhältnissen besser entsprach. Die Diskrepanz zwischen An- und Verkaufspreis war in den betroffenen afrikanischen Ländern weit größer als in Lateinamerika und der Handel daher besonders lukrativ: Das Kilo Haschisch wurde von den Aufkäufern in Accra zum 15fachen, in Abidjan zum 60fachen und in Ouagadougou zum 100fachen Preis weiterverkauft. Der **organisierte Schmuggel gestohlener PKW** nahm ebenfalls erhebliche Ausmaße an; neben Südafrika (90 000 Wagen pro Jahr) gehörten Nigeria (100 000) und Côte d’Ivoire zu den wichtigsten afrikanischen Herkunftsländern der meist in die Nachbarländer verschobenen gestohlenen Autos. Auf einer Konferenz zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität in Yamoussoukro (Côte d’Ivoire) im Frühjahr forderten die Vertreter der ECOWAS-Mitgliedstaaten eine Harmonisierung der Gesetzgebung sowie der Bekämpfungsmethoden.

Gemäß Polizeiberichten aus Cotonou (Benin) wurde allein im Januar und Februar der Schmuggel von 297 Kindern im Alter von acht bis fünfzehn Jahren zur Zwangsarbeit bzw. Prostitution nach Gabun, Nigeria oder Kamerun verhindert. Im August meldete die Polizei die Festnahme von drei Kinderhändlern, die 90 Kinder nach Lagos verkaufen wollten. In Nigeria erregten im März und Oktober Berichte aus dem südöstlichen Bundesstaat Akwa-Ibom Aufsehen, wo Kinderhändler aus dem Niger-Delta „Sklaven-Zwischenlager“ organisierten, aus denen Jungen im Alter von 10 bis 12 Jahren als Haussklaven oder Sklavenarbeiter aus anderen Landesteilen Nigerias bzw. den benachbarten Ländern nach São Tomé, Kamerun, Gabun oder in die Zentralafrikanische Republik verschoben wurden. Die Kontrolle des **Kinderhandels** ist um so schwerer, weil der in Benin, ebenso wie in anderen westafrikanischen Ländern seit vorkolonialer Zeit tradierte Brauch armer Familien, ihre Kinder (insbesondere Mädchen) zu reicheren

Familien in Pflege zu geben (*vidomegon*, in Benin), eine Erkennung von Kinderschmuggel erschwert. Dementsprechend beschuldigte die nigerianische Polizei auch traditionelle Chefs im Niger-Delta, den Kinderhandel zu dulden, oder sogar aktiv zu unterstützen. Die Eltern erhalten für ihre Kinder F CFA 10. - 15.000; oft landen die Kinder jedoch als Zwangsarbeiter auf Kakao- oder Zuckerrohrpflanzungen ausländischer Plantagenbesitzer, die für diese „Sklaven“ bis zu F CFA 200.000 zahlen.

Regionalorganisationen

Die Vielfalt miteinander konkurrierender regionaler Initiativen auf wirtschaftlichem, militärischem und entwicklungspolitischem Gebiet schuf - positiv gesehen - die Möglichkeit zur Erprobung unterschiedlicher Konzepte regionaler Kooperation und trug den unterschiedlichen Strukturen und Interessen in der Region Rechnung. Gleichzeitig bedeutete diese Vielfalt allerdings eine Verzettelung knapper Ressourcen aufgrund eigensüchtiger Interessen nationaler Eliten. Es mangelte an politischer Bereitschaft zur Abgabe nationaler Entscheidungsmacht, weil darunter Partikularinteressen lokaler oder internationaler Patronagenetzwerke (Rentierökonomien, z. B. die französische *chasse gardée*), von denen diese Eliten abhängig waren, leiden würden.

Die Wirtschaftskooperation innerhalb der frankophonen westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (**UEMOA**) stellte parallel laufende ineffektive Bemühungen der ECOWAS immer mehr in den Schatten. Allerdings gab es große intra-regionale Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur (Sahel- vs. Küstenländer; reg. Großmächte vs. Kleinstaaten etc.), im Wirtschaftswachstum und bei der Inflationsrate in den Mitgliedsländern der UEMOA. Um dem entgegenzuwirken, wurde im Dezember ein regionaler Strukturhilfe-Fonds der UEMOA geschaffen; er hatte die Aufgabe, in besonders bedürftigen Ländern die Armutsbekämpfung zu erleichtern; Fondsmittel sollten aus 0,5% der nationalen Importzölle gespeist werden.(s. *feature*-Artikel zur CFA-Anbindung an den Euro). Ab 1.7. galt die in den Vorjahren beschlossene Senkung der UEMOA-internen Zölle für ausgewählte Produkte um 60%. Die für den 1.1.1998 geplante Harmonisierung der gemeinsamen externen Zölle auf Industriegüter wurde am 1.12. um zwei Jahre auf das Jahr 2000 verschoben, weil eine Mindestprotektion der jungen Industrien der Zone noch erforderlich sei, wie der Präsident der Union, Moussa Touré, in einem Zeitungsinterview im September meinte. Die ab September geltenden Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten sollten allerdings erst ab 1998 mit Sanktionen bei Abweichungen bedroht werden. Ob dies die Umsetzungschancen erleichtern würde, war fraglich, da zum Beispiel bisher keines der UEMOA-Länder das Kriterium, 20% des BIP für Investitionen zu reservieren, erreicht hatte. Für Touré war Integration „eine Philosophie und eine Kultur“, man könne von niemand erwarten, Harakiri zu begehen. Die geplante Anbindung des F CFA an den EURO macht deutlich, daß die UEMOA in erster Linie der Erhaltung des *status quo* der

CFA-Zone diene. Sie förderte weder an die spezifischen Ressourcen westafrikanischer Länder individuell angepaßte Entwicklungsstrategien noch eine effektive Wirtschaftsintegration; sie diene vorrangig der Stabilität außenwirtschaftlicher Beziehungen sowie den Interessen etablierter Eliten und Patronagesysteme innerhalb und außerhalb der Region (s. *feature*-Artikel zur CFA-Anbindung an den Euro).

Die **ECOWAS** hatte in den 22 Jahren ihres Bestehens die angestrebte Wirtschaftsintegration nicht wesentlich vorangebracht. Das lag weniger an den grundlegenden Unterschieden in der Wirtschaftsstruktur der Mitgliedstaaten oder an mangelnden Ressourcen, sondern an den eigensüchtigen Interessen nationaler politischer Entscheidungsträger (z. B. Rentierökonomien in Nigeria, Niger, Côte d'Ivoire), der Perpetuierung (neo-)kolonialer Patronagesysteme (*chasse gardée*), den Abschottungsbestrebungen der frankophonen gegenüber den anglophonen Staaten und der Angst vor dem Hegemonialstreben Nigerias. Die Beschlüsse der ECOWAS zur Wirtschaftsintegration waren viel zu ambitiös und unrealistisch (z. B. bis zum Jahre 2000 eine Währungsunion zu bilden), es mangelte am politischen Willen zur Umsetzung. Dies galt insbesondere für den utopischen Vorschlag des nigerianischen Finanzministers Anthony Ani in Abuja (25.9.), den nigerianischen *Naira* als gemeinsame Währung der ECOWAS („*Eco-Naira*“) zu installieren. Wesentliche Fortschritte auf dem Wege zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes - einer Vorbedingung für eine Währungsunion - waren jedoch nicht zu verzeichnen. Der Gouverneur der nigerianischen Zentralbank bemerkte demgegenüber auf dem 22. Treffen der ECOWAS-Zentralbankchefs in Abuja sarkastisch, daß bislang nichts Konkretes auf dem Weg zur Währungsunion erreicht worden sei. Der beninische Staatspräsident war diesbezüglich während seiner Amtszeit als ECOWAS-Vorsitzender schon 1992 noch deutlicher geworden; er führte die Stagnation der ECOWAS auf die „Kriminalität und Unehrllichkeit“ ihrer Mitglieder bei der Umsetzung der erklärten Wirtschaftspolitik zurück. Die periodisch wiederholten Beteuerungen der Mitgliedstaaten der ECOWAS, nur diese Organisation sei „langfristig die einzige Regionalorganisation, die mit der westafrikanischen Integration beauftragt ist“ oder die These der Integration verschiedener Blöcke (UEMOA vs. ECOWAS) „in zwei Geschwindigkeiten“ dienen nur der Verschleierung der tatsächlichen divergierenden Interessen (s. o.).

Trotzdem bewerteten die anwesenden Staatshäupter die Politik der ECOWAS auf dem 20. Gipfeltreffen in Abuja (29.30.8.) als Erfolg, insbesondere auf dem Gebiet der Konfliktschlichtung und Friedenssicherung durch die ECOMOG (*ECOWAS Monitoring Group*); dabei neigten sie allerdings dazu, zu vergessen, daß die ECOMOG die meiste Zeit ihrer siebenjährigen Existenz damit zugebracht hatte, den Bürgerkrieg in Liberia zu beenden, und einen Sieg des Rebellenchefs Taylor zu verhindern, der aber schließlich - nach einer Annäherung zwischen Abacha und Taylor - in von der ECOMOG und der UN-kontrollierten freien Wahlen am 19.7. doch den Sieg davontrug (s. Länderartikel). Kaum hatte die ECOMOG ihre militärische Intervention in Liberia beendet, so stürzte sie sich in

eine andere gewagte - und innerhalb der ECOWAS umstrittene - Operation in Sierra Leone. Die Mehrheit der Mitgliedsländer favorisierte eher friedliche Lösungen, wie Sanktionen oder ein Embargo; die Côte d'Ivoire und Ghana sprachen sich schon allein aus Kostengründen gegen eine weitere kostspielige Expedition wie in Liberia. aus. So mancher der auf dem Gipfeltreffen in Abuja anwesenden Staatschefs war außerdem selbst durch einen Militärputsch an die Macht gekommen und sah möglicherweise die neue Aufgabenzuweisung der ECOMOG zur Wiedereinsetzung gewählter, durch einen Putsch entmachteter Regierungen mit gemischten Gefühlen. Staaten wie Liberia oder Burkina Faso, die bereits seit langem die RUF und den Rebellen Koroma unterstützt hatten, sahen noch weniger Grund zum Eingreifen der ECOMOG.

Diverse weitere regionale Organisationen verfolgten oft Partikularinteressen, die mit dem Ziel der wirtschaftlichen und politischen Integration Westafrikas schwer vereinbar waren; viele dieser Organisationen schafften eine unnötige Duplikation der Ressourcen, litten an mangelnder Effektivität und kämpften um knapper werdende Hilfe der Geber. Ein Beispiel war die älteste Regionalorganisation Westafrikas, der **Conseil de l'Entente**: gegründet 1966 als Initiative des ivoirischen Staatspräsidenten Houphouët-Boigny, um dem Projekt einer malischen Föderation zu begegnen und den Zugang seines Landes zu den Wasserressourcen des Voltabeckens zu sichern, verfolgte die Organisation heute überwiegend kleine lokale Entwicklungsinitiativen und diente der Selbstdarstellung und Aufbesserung des durch mangelnde innerstaatliche Legitimität beeinträchtigten Images beteiligter Staatschefs (z. B. Eyadéma, Togo oder Ibrahim Baré Mainassara, Niger), wie besonders die beiden letzten Gipfeltreffen in Kara (Togo, 1996) und Yamoussoukro (Cote d'Ivoire, 20.2.) zeigten, auf denen keine nennenswerten Beschlüsse gefaßt wurden.

Auch die **CILSS** befand sich in einer Entwicklungskrise. Auf dem 12. Gipfel der Staatschefs der Mitgliedsländer am 12.9. in Banjul, der mit dem 20. Jahrestag der Gründung des *Club du Sahel* zusammentraf, wurde das neue eingeschränkte Mandat der Organisation sowie deren Restrukturierung besprochen: Gemäß dem neuen Vertrag mit OECD-Partnern im Rahmen des *Club du Sahel*, stand zukünftig, im Gegensatz zur bisherigen Praxis, nicht die Katastrophenhilfe im Vordergrund der Aktivitäten, sondern nachhaltige Entwicklungsprojekte. Der zur Finanzierung vorgesehene Dreijahreshaushalt sah insgesamt F CFA 10,8 Mrd. vor, von denen 10,2 Mrd. durch die Geber gedeckt werden sollten; die Rückstände der Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten waren zwischen 1994 und 1996 indes weiter um 16% auf F CFA 557 Mrd. gestiegen. Der Vertreter der Weltbank für Senegal, Gambia, Kap Verde und Guinea-Bissau, Mahmood Ayub, geißelte auf der Konferenz in Banjul die unzureichenden Fortschritte vieler Sahelländer bei der Restrukturierung des Öffentlichen Sektors und forderte zu einer Reduzierung der Korruption auf. Kurz zuvor hatte der Ministerrat der CILSS auf seiner 32. Sitzung in Banjul die Aufnahmeanträge Kameruns, Guineas und der Zentralafrikanischen Republik zurückgewiesen, da diese keine Sahelländer seien.

Auf dem 9. Gipfeltreffen der Regionalorganisation zur Entwicklung der Anrainerstaaten des Gambia-Flusses (**OMVG**) am 25.9. in Dakar versuchten die vier anwesenden Staatschefs, der Organisation neues Leben einzuhauchen. Das erste OMVG-Projekt zur Entwicklung der Forst- und Weidewirtschaft sollte F CFA 16 Mrd. (\$ 32 Mio.) kosten und 1997 beginnen. Die Schwester-Organisation **OMVS** war in sich zerstritten; u. a. wegen des Manantali-Staudammprojekts; Mauretanien fühlt sich außerdem durch eine Umstrukturierung der Organisation unterrepräsentiert.

Dirk Kohnert

Chronologie Westafrika 1997

5.3. Guinea-Bissau wird Mitglied der UEMOA und, ab 17.4., der CFA-Zone
 17.4. Halbjahrestreffen der Finanzminister der Franc-Zone in Cotonou
 23.6. 2. Gipfeltreffen der UEMOA in Lomé
 29.-30.8. 20. ECOWAS-Gipfel in Abudja
 12.9. 12. Gipfeltreffen der CILSS endet in Banjul
 24.9. 9. Gipfeltreffen der Gambia River Development Authority (OMVG) in Dakar
 17.10. regionale Wertpapier-Börse der UEMOA in Abidjan gegründet
 1.12. UEMOA beschließt in Ouagadougou Verschiebung der für 1998 geplanten Zollunion um 2 Jahre
 17.12. außerordentlicher ECOWAS-Gipfel in Lomé wegen Streit um ECOMOG-Einsatz in Sierra Leone

Verzeichnis regionaler westafrikanischer Organisationen 1997:

- (1) Accord de Non-Agression et d'Assistance en Matière de Defense (ANAD)**, gegründet: 1979; 7 frankophone westafrikanische Mitgliedstaaten: Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo, (Benin, Beobachterstatus); Vorsitzender: Abdou Diouf (Staatspräsident, Senegal)
- (2) Autorité du Bassin du Niger (ABN)**; gegründet: 1964; Sitz: Niamey (Niger); 9 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Mali, Niger, Nigeria, Tschad - Exekutivsekretär: Othman Mustapha (Nigeria)
- (3) Autorité de Développement Intégré de la Région du Liptako-Gourma**; gegründet: 1972; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 3 Mitglieder: Burkina Faso, Mali, Niger - Generalsekretär: Isague Dembélé (Mali, ab 1996)
- (4) Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO)**; gegründet: 1962; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo; - Gouverneur des Verwaltungsrates: Charles Konan Banny (Côte d'Ivoire; seit 1.1.94).
- (5) Banque Ouest Africaine de Développement (BOAD)**; gegründet 1973; Sitz: Lomé (Togo); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali (seit 1984), Niger, Senegal, Togo - Präsident: Yayi Boni (Benin), Dez. 1994 für 6 jähriges Mandat ernannt.

- (6) Commission du Bassin du Lac Tchad (CBLT);** gegründet: 1964; Sitz: N'djamena (Tschad); 5 Mitglieder: Kamerun, Niger, Nigeria, Tschad, ZAR (seit 24.3.94) - Exekutivsekretär: Abubakar B. Jauro
- (7) Comité Inter Etats de Lutte Contre la Sécheresse dans le Sahel (CILSS);** gegründet: 1973; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 9 Mitglieder: Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad - Vorsitz: Gambia: Staatspräsident Yahya A.J.J. Jammeh (seit 12.09.97 für 3 Jahre)
- (8) Conseil de l'Entente;** gegründet: 1959; Sitz: Abidjan (Côte d'Ivoire); 5 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Niger, Togo - Präsident: Staatschef G. Eyadéma (seit 31.10.94 amtierender Präsident)
- (9) Club du Sahel,** gegründet 1976 unter Schirmherrschaft der OECD, Sitz, Paris; Beratungsgremium der CILSS-Länder
- (10) Economic Community of West African States (ECOWAS) / Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (CEDEAO);** gegründet: 1975; Sitz: Abuja (Nigeria); 16 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo - Vorsitz: Nigeria (Staatspräsident General Sani Abacha; wiedergewählt am 30.8.97); Exekutivsekretär: Lasana Kouyate (Guinea, ab 1.9.97 für 4 Jahre)
- (11) Mano River Union (MRU);** gegründet: 1973; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 3 Mitglieder: Guinea, Liberia, Sierra Leone - Generalsekretär: Dr. Kabineh Koromah (Sierra Leone)
- (12) Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Gambie (OMVG);** gegründet: 1978; Sitz: Dakar (Senegal); 4 Mitglieder: Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Senegal - Generalsekretär: M.N. Diallo (Guinea)
- (13) Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS);** gegründet: 1972; Sitz: Dakar (Senegal); 3 Mitglieder: Mali, Mauretanien, Senegal (Aufnahme von Guinea 1987 beschlossen, aber noch nicht vollzogen) - Präsident: Alpha Oumar Konaré (Mali); Generalsekretär: Founéké Keita (Mali)
- (14) Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (UEMOA / WAEMU);** gegründet: 30.01.94; Sitz: Ouagadougou; 8 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau (ab Mai 97), Mali, Niger, Senegal, Togo. - Präsident: Moussa Touré (Senegal, ab 1996); Kommissariat mit 8 Kommissaren (je einer aus den Mitgliedsländern); Gerichtshof der UEMOA unter der Präsidentschaft von Donatien Yves Yéhouessi (Bénin).
- (15) West African Clearing House (WACH);** gegründet: 1975; im Febr. 1993 ausgeweitet zur autonomen Organisation "West African Monetary Agency", Sitz: Free-town (Sierra Leone); 16 Mitgliedsländer: (wie ECOWAS) - Exekutivsekretär: Cheik S.B. Diao (Mauritanien)
- (16) West African Examinations Council (WEAC);** gegründet: 1975; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 5 Mitglieder: Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria, Sierra Leone - Vorsitz: John Aby Kamara
- West African Monetary Agency** (s. West African Clearing House)
- (17) West African Rice-growing Development Association (WARDA);** gegründet: 1970; Sitz: Bouaké (Côte d'Ivoire); 17 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Liberia, Mali, Mauritien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad. Generalsekretär: Eugene Terry (Sierra Leone).